

Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Einzelheft 10 Pfennig, 10 Hefen 1 Mark
Abonnement: Dresden 10 Mark, 12 Mark
Telegraphische Adressen: Dresden 10 Mark, 12 Mark

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361, Sprech-
stunde/nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verkaufsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 1272.
Verkaufsstunde von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 2 mm breite Monatszeitung
10 Pf., die 30 mm breite Monatszeitung 1.50 Pf., für auswärtige
Abnehmer 2 Pf. und 2 Pf. für Postgebühren, Stellen- und
Anzeigen 40 Pf. Abont. für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 277

Dresden, Montag den 29. November 1926

37. Jahrg.

Gesler vor dem Sturz

Deutschlands Außenpolitik von Gesler bedroht! — Wehrverbände drängen zur faschistischen Diktatur!

Wie der Welt am Montag aus parlamentarischen Kreisen geschrieben wird, nimmt man dort an, daß die Tage des Reichswehrministers Gesler gezählt seien. Es kämen immer neue Enthüllungen über den Zusammenhang von Reichswehrstellen mit den Vaterländischen Verbänden, und es sei kaum noch ein Geheimnis, daß sich in den Händen der unparlamentarischen Wehrverbände ein schweres Material befindet, mit dessen Veröffentlichung aus bestimmten politischen Gründen einstweilen zurückgehalten werde. Zu dieser Situation wird uns von unserem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Auch die bisher Unbelehrbarsten sind nunmehr davon überzeugt, daß durch Geslers Ministerialpolitik allerhöchster Gefahr heraufbeschworen wurden. Deshalb sind aus außenpolitischen Gründen auch Gesler jetzt aus der Regierung ausscheiden. Die Frage kann nicht mehr sein: Tritt Gesler zurück oder nicht? Sie hat sich in der letzten Sitzung der Reichstagssammlung im Reichstag entschieden: Tritt er zurück, oder wird er zurückgetreten?

Auf all das Material, das in der letzten Zeit über die Entwürfe der nationalistischen Wehrverbände in Verbindung mit der Reichswehr veröffentlicht wurde, hat Herr Gesler nur mit kalten Ausreden zu antworten gewußt. Es sei nur die stets abgelehnten ungeschicklichen Kreisoffiziere hinsichtlich der in größerer Zahl von der Reichswehr angehefteten und stets „zufällig“ aus rechtsradikalen Kreisen stammen und für die Beschaffung illegaler Seereserveplätze sorgen haben. Alles weist deutlich auf Rüstung zum Krieg hin. So schwerwiegende Dinge sind auch bekannt geworden, es ist nur ein geringer Teil von dem, was insgeheim vorliegt. Wenn hier auch noch abgesehen werden soll, Einzelheiten mitzuteilen, so kann gesagt werden: gegenüber dem veröffentlichten Material ist die Reichswehr außerordentlich gravierenden Belastungsmaterial ist leider noch allem, was man hört, das bereits bekannt gewordene verschwindend wenig. Wenn auch die verantwortlichen Politiker aus begründlichen Gründen bisher zurückhaltend mit ihren Kenntnissen von Verträgen in der Reichswehr umgegangen sind, so liegt die Gefahr von weiteren Veröffentlichungen doch sehr nahe, weil der Kreis der Wissenden verhältnismäßig groß ist.

Das Entscheidende an der neuen Lage ist, daß auf Grund der ihr gewordenen Mitteilungen

die Sozialdemokratische Partei zur schärfsten Kampfstellung entschlossen

Sie ist bereit zu allen Maßnahmen, die den Weg freimachen für die Reinigung der Reichswehr. Das geht namentlich auch deutlich aus der energischen Schwertführung in der Haltung des Vorwärts hervor, die in den letzten Tagen zu beobachten war. Die Wehrverbände, die sich seit der Entfernung Seecks bereits in einem charakteristischen Grade der Nervosität befinden, vermuten hinter den Veröffentlichungen der letzten Wochen einen konzentrischen Angriff auf ihre seit Jahren ausgebauten und trotz ihrer Ausdehnung auf „getarnten“ (unfähig gemachten) Positionen. Wie dem auch sei: Tatsache ist, daß wie festgestellt werden konnte, mit Hochdruck von ihnen alle Vorbereitungen für den Gegenstoß getroffen werden. Es ist klar, der Stoß gegen Gesler geht in das Lebenszentrum der nationalistischen Wehrverbände. Sie werden alles aufbieten, um die drohende Durchschneidung ihres Lebensnervens zu verhindern. Sie sind bereit, zum Äußersten zu gehen und den Sturz Geslers zum Signal für

die Errichtung der offenen Militärdiktatur im faschistischen Stil

zu machen. Bei der notgedrungenen Verzögerung zwischen ihnen und den nationalistischen Wehrverbänden ist zu befürchten, daß aktive Intervention in ihre Aktion hineingerissen werden.

Die Drohung der Verbände wird den Angriff auf Gesler auch nicht einen Augenblick lähmen. Die Organisationen der Arbeiterklasse und der überlichen Revolutionäre sind durch die letzten Vorgänge alarmiert, ohne daß das eine besondere Aktion bedürft hätte. Der Stoß der Wehrverbände ist auch deshalb von vornherein abgewehrt, weil sie in sich zerfallen, durch Spaltungen im Inneren zerfallen sind. Außerdem hat das System der „Tarnung“ in einem Neb von Zweimächtigkeiten geführt, in dem jede Aktion verfrachten muß, weil sich kein Mensch für diesen Punkt von Täuschungsmanövern und ernstlichen Überlegungen auskennt und die „Tarnung“ schon zum Scheitern zu werden droht.

Es ist klar, daß solche Vorgänge, die sich unter Gesler abspielen konnten, die mühsam erzwungenen Erfolge unserer Außenpolitik mit einem Schlag zerstören würden. Es wird sich also das keine erfolgreiche

Vorbereitung unserer Außenpolitik möglich ist, ehe nicht im Nachhinein des Herrn Gesler ein für allemal Ordnung geschaffen wird.

Die Wehrverbände haben Gesler durch alles, was bisher an illegalen Untrieben unter ihm geübt ist, offen-

bar völlig in der Hand. Deshalb kann die notwendige Reinigung in der Reichswehr nicht durch ihn erfolgen. Er kann die für die Ungeheuerlichkeiten verantwortlichen Offiziere nicht entlassen und durch ein strenges Verfahren zur Verantwortung ziehen lassen. Das aber gerade ist unerlässlich!

Sollte Gesler das Mindestmaß politischer Klugheit, den eigenen Entschluß zur Demission, nicht aufbringen, dann wird man ihm auf Grund des vorhandenen Beweismaterials bedeuten müssen, daß seine Zeit zu Ende ist. So oder so: Gesler steht am Vorabend seines Sturzes!

Dann aber genügt es nicht, daß nur ein zuverlässiger Republikaner ins Reichswehrministerium einzieht. Er muß auch alle Schuldigen in der Reichswehr zur Verantwortung ziehen. Die Offiziere, die mit den Wehrverbänden und den übrigen Faschisten zusammengearbeitet haben, müssen entlassen werden. Im Reichswehrministerium ist es vor allem nötig, bis in die höchsten Stellen für gründliche Republikanisierung zu sorgen. Das Reichswehrministerium darf in Zukunft nicht mehr die militärische Spitze eines neben der Verfassung und gegen die Republik stehenden militärischen Systems sein. Auch das Wehrministerium muß eine zivile Verwaltungsbefugnis unter Kontrolle des Parlaments werden. Und die Reichswehr selbst ist nur unter einem so reorganisierten Reichswehrministerium in ein zuverlässiges Instrument zum Schutze der Republik und ihrer Verfassung umzugestalten.

In Genuß sind dem Herrn Außenminister Stresemann allerhand unbequeme Fragen in Bezug auf die Reichswehr vorgelegt worden. Er wird kaum den Wunsch nach mehr erwünschten. Ist es ihm ernst mit der grundsätzlichen Lösung der Beschäftigungs- und Kontrollfragen, dann wird er wissen, daß sein Regierungsschiff zu schweren Ballast mitführt: Gesler!

Die Demokraten und ihre Minister

Der Parteiausschuh gegen das Schundgesetz

D. Berlin, 29. November. (Eig. Funkpruch.) Der Reichsparteiausschuh der Demokratischen Partei hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, wobei der Parteivorstand noch ein Referat über die politische Lage und der Innenminister Müller ein solches über die Verhältnisse des Innenministeriums ermittelte. Nach eingehender Aussprache, die bis in die Abendstunden dauerte, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteiausschuh der Demokratischen Partei billigt die Absicht des Gesetzentwurfs gegen Schum und

Schund, hält den Entwurf aber in der vorliegenden Fassung aus kulturellen und rechtlichen Gründen für unannehmbar.“

Das bedeutet eine glatte Abfuhr an ihren Minister Müller. Es diese Stellungnahme der Demokraten auch Folgen für die Regierungslösung haben wird, steht dahin. Der Ausschuh hat sich aber auch mit dem Entwurf des Ministers Gesler zu befassen.

Einstimmige Annahme fand folgender Antrag: „Der Parteiausschuh ersucht die Reichstagsfraktion, mit dem Reichstag auf die Abstellung der Mängel zu bringen, die sich in der Reichswehr geltend gemacht haben und ersucht, entsprechende, dem ganzen Volk sichtbare Schritte zur Sicherung des republikanischen Charakters einzuleiten.“

Der Parteiausschuh gab der Anregung einer Kontrolle bei der Einstellung von Rekruten und Offizierskandidaten in der Reichswehr mit der Annahme des Antrags statt: „Die Republik braucht keine politische, aber eine bewußt republikanische Truppe, die von sich aus und in allen ihren Stellen jede Verbindung mit irgendwelchen Wehrverbänden ablehnt.“

In seinem Referat betonte der Parteivorstand noch, die Demokratische Partei halte die Große Koalition noch immer für die beste Regierungsform.

Die preussische Erklärung gegen das Schundgesetz

Amlich wird mitgeteilt, daß die Erklärung der Staatssekretär Dr. Weismann in der Reichstagsdebatte vom 26. November zum Gesetz gegen Schum und Schund für die preussische Regierung abgegeben hat, keine Bemerkung über das Stimmverhältnis enthalten hat, mit dem dieser Beschluß im preussischen Kabinett gefaßt worden ist. Auf die Frage des deutschnationalen Abgeordneten Rumm, ob der Beschluß einstimmig gefaßt worden sei, hat der Staatssekretär überhaupt nicht geantwortet.

In Ergänzung dieser Mitteilung erfahren wir, daß die im Reichstag abgegebene Erklärung der preussischen Staatsregierung im völligen Einverständnis mit den zur Sozialdemokratie und zu den Demokraten gehörigen Ministern verfaßt wurde. Die Zentrumsminister stimmten in Uebereinstimmung mit der Haltung ihrer Reichstagsfraktion gegen die Abgabe der Erklärung.

Die Stimme der größten Lehrerorganisation

D. Berlin, 29. November. (Eig. Funk.) Der Deutsche Lehrerverein, dessen Mitglieder am besten die Wirkung von Schund- und Schundliteratur auf Kinder und Jugendlichen feststellen können, hat in einer Entschließung das Schundgesetz in seiner jetzigen Gestalt abgelehnt. Weil keine Sicherheit gegeben sei, daß durch dieses Gesetz nicht Lebensschicksale betroffen werden, die vor jedem politischen Querschnitt behauptet werden müssen. Den besten Kampf gegen Schum und Schund sieht der Verein in der Verbreitung guter Bücher unter der Jugend.

Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik

D. Freiburg, 29. November. (Eig. Funkpruch.) Auf einer Bau- und Bezirksleiterkonferenz der freien Gewerkschaften für Westdeutschland hielt der Bundesvorsitzende, Genosse Leipzig, ein eingehendes Referat über die Gewerkschaftspolitik. Als bemerkenswert an der Industriekonferenz in Dresden bezeichnete er die rückhaltlose Anerkennung des republikanischen Staates durch die Industrie, ferner ihre Anerkennung der Gewerkschaften als auch der Arbeiterschaft und die Anerkennung der Sozialdemokratie als die Arbeiterpartei. Zwischen der Auffassung des Reichsverbandes der Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände besteht ein großer Unterschied insofern, als dort der Arbeiter als Wirtschaftsbürger anerkannt werden soll, während hier immer noch der Arbeiter als Untertan behandelt wird. Der Wandel der Geister ist bei den Industriellen zwar nicht allgemein bemerkbar, aber doch bei einer Reihe von Führern bemerkbar. Gegenüber der Forderung auf der Berliner Tagung sämtlicher Wirtschaftsverbände, daß das Privateigentum die unantastbare Grundlage der deutschen Wirtschaft bilden müsse, weist Leipzig auf die 350 Millionen Reichsmark, die die weiteren 377 Millionen Reichsmark Reichsgarantie für die Industrie hin, die sich die Industrie ohne weiteres gefallen läßt. Dabei seien diese Kredite ähnlich wie die Ruhrmillionen so gut wie reifen. Unsere Forderung gehe auf die Erzielung der Gemeinwirtschaft als Grundlage der Wirtschaft. Der Bundesvorstand habe bereits den Plan erwogen, die Bauhallen und ähnliche Einrichtungen der Gewerkschaften zu einer großen Einheit zusammenzufassen. Borecht müsse aber der Gemeinwirtschaftsgeist stärker in die Gewerkschaftsbewegung getragen werden.

Zum Geleitwurf über den endgültigen Reichswehrschicksal fordern die Gewerkschaften zunächst keine Arbeiterkammern, sondern die parlamentarische Umgestaltung der bestehenden Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern. Mit aller Entschiedenheit tritt Leipzig für die Vorschläge der Bundesleitung auf eine Abänderung des Arbeitszeitgesetzes in der Richtung auf restlose Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages, unter Zulassung nur ganz bestimmter Ausnahmen, ein. Die Ar-

beitszeit müsse verkürzt werden, weil es eine psychologische Unmöglichkeit sei, daß Millionen Arbeitslose vorhanden seien, während andere Millionen Heberarbeit leisten. Diese Heberarbeit sei, wie der Redner an zahlreichen Beispielen ausführt, außerordentlich groß. In einem großen Bezirk könnte die Hälfte der Erwerbslosen voll beschäftigt werden, wenn bei den Metallarbeitern Heberarbeit nicht geleistet würde.

Um das Notgesetz

Besprechungen mit dem Kanzler

Aus dem Reichstage wird uns berichtet: Die Mitteilungen der bürgerlichen Presse, daß bereits am Freitag Besprechungen des Reichskanzlers mit der Sozialdemokratie über ein Arbeitszeitgesetz stattgefunden haben, sind unrichtig. Die Besprechung ist auf Dienstag anberaumt worden. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung inzwischen das Arbeitszeitgesetz veröffentlicht, in dem die Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit enthalten sind. Soweit man sie kennt, dürften sie aber kaum eine geeignete Grundlage zu erfolgreichen Verhandlungen abgeben. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Reichsregierung bedeutet der neue Entwurf eine erhebliche Verschlechterung.

Wenn die Gewerkschaften aller Richtungen ein Notgesetz zur Arbeitszeit verlangen haben, so vor allem deshalb, weil der ungeheure Mißbrauch mit Überstunden sowohl die Zahl der Arbeitslosen vermehrt als auch die Wirtschaftskrise erschwert. Deshalb muß darauf bestanden werden, daß vor der Erledigung des Arbeitszeitgesetzes, die viele Monate dauern kann, die Bestimmungen über die Arbeitszeit sofort revidiert werden. Es genügt auch nicht, wie es der Wunsch der Reichsregierung zu entsprechen scheint, die Arbeitszeitordnung des Jahres 1925 nur in einigen Nebenpunkten zu ändern. Es erscheint im Interesse der Arbeiter, wenn man statt eines gezeigerten Gesetzes nur die Schlichter anweisen will, schrittweise auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Auf diesem Wege kommt man nicht zum Ziel.

Die Sozialdemokratie wird deshalb in den Verhandlungen am Dienstag eine klare Stellungnahme von der Reichs-